Langes 19. Jahrhundert und Zwischenkriegszeit in europäischer Perspektive

Vortrag zum Bildungsplan 2016, Klassen 7/8

Prof. Dr. Dietmar Neutatz, Freiburg

Landesakademie Bad Wildbad, 11.1.2016

## Möglichkeiten des Zugriffs auf europäische Geschichte

Die Aufgabe, die mir gestellt wurde, ist nicht einfach, nämlich zu zeigen, wie sich die nationalstaatliche zugunsten einer europäischen Perspektive überwinden lässt, ohne dass daraus eine enzyklopädisch-additive Geschichte wird, mit einer Faktenflut, die nicht bewältigt werden kann. Die Forderung des Bildungsplans, die europäische Geschichte mit einzubeziehen, soll nicht in ein Mehr an additiven Fakten zu einzelnen Ländern münden, sondern in ein vernetztes Wissen.

Auf einer grundsätzlichen Ebene sehe ich vor allem zwei Möglichkeiten, dieses Problem in den Griff zu bekommen:

Erstens eine Reduktion von der Vielfalt der Länder Europas zu Großräumen. Hier bietet es sich für das 19. Jahrhundert, für das die Probleme rund um Nation, Nationalismus und Nationalstaat zentral sind, mit Großräumen zu arbeiten, die sich an die Kategorisierung anlehnen, die Theodor Schieder für die Nationalstaatsbildung entwickelte: Er unterschied zwischen dem westeuropäischen Raum, in dem sich die Nation schon im 18. Jahrhundert in einem bereits existierenden gemeinsamen Staat entwickelte, dem mittel- und südeuropäischen Raum, wo sich der Nationalstaat durch die Vereinigung kleinerer staatlicher Territorien bildete, und dem ostmitteleuropäischen und südosteuropäischen Raum, wo die Nationalstaatsbildung über die Sezession aus multinationalen Imperien erfolgte.

Nimmt man exemplarisch für jeden dieser Räume ein Land in den Blick, dann ist die europäische Vielfalt schon ganz gut repräsentiert. Für Westeuropa liegt es nahe, Frankreich zu beleuchten, für Mittel- und Südeuropa Deutschland, für Ostmittel- und Südosteuropa erscheint es sinnvoll, Polen und Ungarn auszuwählen, weil sie für unterschiedliche Muster stehen: Ungarn emanzipierte sich innerhalb der Habsburgermonarchie als gleichberechtigter Staat neben Österreich, steht aber wie dieses am Ende des Ersten Weltkriegs als Verlierer da. Polen existiert zwischen 1796 und 1918 nicht als selbständiger Staat, sondern ist zwischen Russland, Österreich und Preußen aufgeteilt, und erlangt erst 1918 seine Staatlichkeit wieder – auf der Seite der Siegermächte des Ersten Weltkriegs.

Die zweite Möglichkeit, den potentiellen Stoff zu reduzieren, sehe ich in der Auswahl der behandelten Inhalte. Natürlich ist es für die Schule nicht sinnvoll, die Geschichte Frankreichs, Deutschlands, Polens und Ungarns systematisch abdecken zu wollen. Es wird vielmehr nötig sein, Schlaglichter zu werfen und dabei Themen auszuwählen, die durch ihre Inhalte über die jeweiligen Länder hinausweisen. Das ist der Fall, sobald man sich mit transnationalen Phänomenen beschäftigt wie Nationalismus oder Liberalismus und nach Gemeinsamkeiten über die Länder hinweg fragt, wenn man Wechselwirkungen, Konfrontationen und Konflikte in den Blick nimmt oder auch internationale Ereignisse, die Weichen stellten, wie etwa die Pariser Friedenskonferenz 1919. Manche Probleme lassen sich auch auf einer Metaebene sinnvoll verhandeln, ohne dass man sie an Ländergeschichten rückbinden muss.

Bei der Auswahl der Themen für meinen Vortrag zum „langen 19. Jahrhundert und zur Zwischenkriegszeit“ habe ich mich an dem orientiert, was Sie auf dieser Veranstaltung beschäftigt: nämlich den Vorgaben des Bildungsplans 2016 für die Klassen 7 und 8. Herr Grießinger hatte mir vorab die Idee einer Unterrichtsplanung zum langen 19. und frühen 20. Jahrhundert erläutert. Zwei der darin behandelten Themenkomplexe habe ich für den Vortrag ausgewählt:

* Nationalismus und Liberalismus als europäische Phänomene im 19. Jahrhundert
* Die Krise der Demokratie in der Zwischenkriegszeit

Nicht eingehen werde ich auf Nationalismustheorien. Diese halte ich zwar für besonders geeignet, um das Phänomen Nationalismus jenseits der Faktenfülle auf einer Metaebene zu erklären und gleichzeitig die Distanz zu vermeintlich selbstverständlichen Grundannahmen nationalen Denkens zu schaffen, aber für die Klassenstufen 7 und 8 ist das wohl zu früh, obwohl die gängigen Nationalismustheorien ja recht eingängig und plausibel sind und sich ohne größere Verrenkungen auf einen gemeinsamen Nenner bringen lassen. Dieses Thema können wir aber gerne in der Diskussion ansprechen. Grundsätzlich bin ich ein großer Anhänger von solchen Erklärungsmodellen, die sich von der konventionellen Ereignisgeschichte lösen, weil ich glaube, dass sie länger im Gedächtnis bleiben als die Namen, Daten und Fakten.

## Nationalismus und Liberalismus als europäische Phänomene

### Die Amerikanische und Französische Revolution als Epochenwende

Beim Thema „Nationalismus und Liberalismus“ brauchen wir fast zwangsläufig einen länderübergreifenden Zugang. Die Doppelrevolution in Amerika und in Frankreich gab am Ende des 18. Jahrhunderts den Anstoß zu vier fundamentalen Entwicklungen, die miteinander in Wechselwirkung standen und für das 19. Jahrhundert bestimmend wurden:

1. Die erste war die aus der Volkssouveränität abgeleitete Forderung nach einem Nationalstaat im politischen Sinne, also einem Staat, der nicht von einer Dynastie oder von Ständen, sondern der von einer Nation getragen wird. Daraus resultierte eine neuartige Identifikation der Bürger mit der Nation als dem politisch handelnden Volk. Der Bewohner des Landes wird sich seiner nationalen Identität bewusst und entwickelt eine starke emotionale Bindung an die Nation.
2. Die zweite fundamentale Entwicklung war die Bewegung des Liberalismus, also die Forderung nach einer Verfassung und demokratischen Reformen, in der die Macht des Monarchen beschränkt oder gänzlich abgeschafft wird. Sie mündet in die Revolutionen von 1848 und in die Kompromisse von konstitutionellen Monarchien.
3. entstand ausgehend von den USA und von Frankreich seit dem Ende des 18. Jahrhunderts aus der traditionellen Ständegesellschaft in vielen Ländern Europas eine neue bürgerliche Gesellschaft. An die Stelle der feudalständische Pri­vilegienordnung trat das bürgerliche Prinzip der allgemeinen Rechtsgleichheit.
4. gab die Französische Revolution der Herausbildung des modernen, auf Gesetze und effektive Institutionen gegründeten Staates, einen Wachstumsschub. Professionalisierung der Verwaltung, Aufbau eines Beamtenapparats, Vereinheitlichung der staatlichen Strukturen sowie der Maße und Gewichte, Kodifizierung der Gesetze, Aufbau von Infrastrukturen, Einführung der allgemeinen Wehrpflicht, endgültige Durchsetzung des Gewaltmonopols des Staates – das alles sind Entwicklungen, die zwar nicht erst 1789 einsetzten, aber durch die Revolution und das französische Vorbild erheblich intensiviert wurden. Die Staaten Europas modernisierten und rationalisierten sich durch die Vereinheitlichung des Verwaltungsaufbaus und Reorganisation der Behörden.

### Nationalismus als Ausstrahlung und Wechselwirkung

Die Französische Revolution konfrontierte die anderen Europäer mit einer neuen Form der Verknüpfung von Nation und Staat, die auf viele Länder und Völker ohne eigenen Staat ausstrahlte.

In Deutschland veränderte sich durch die Auseinandersetzung mit dem revolutionären Frankreich und mit Napoleon der Charakter des nationalen Bewusstseins. Seit dem 16. Jahrhundert hatte es in den deutschen Territorien Ansätze für ein gemeinsames Nationalbewusstsein gegeben, aber sie hatten nicht auf die Errichtung eines deutschen Nationalstaats gezielt.

Im 18. Jahrhundert war unter den Gebildeten das Bewusstsein für eine gemeinsame deutsche Kultur entstanden und hatte sich über die Befassung mit Sprache und Literatur eine deutsche Kulturnation formiert. Dieses Bewusstsein für kulturelle Gemeinsamkeit war aber keine Massenbewegung und sie war weitgehend unpolitisch.

Das änderte sich während der Napoleonischen Kriege. Unter dem Eindruck des französischen Hegemonialstrebens und des neuartigen französischen Nationalbewusstseins gewann auch in Deutschland das nationale Bewusstsein eine neue Qualität. Wichtig dabei ist, dass das deutsche Nationalbewusstsein in der Abwehr der französischen Aggression entstand. Die frühe deutschnationale Agitation war gegen die Franzosen gerichtet und militant: „Dämmt den Rhein mit ihren Leichen“ rief Heinrich von Kleist.

Nach 1815 waren nicht mehr die Franzosen der Hauptgegner der deutschen Nationalbewegung, sondern die Fürsten der deutschen Einzelstaaten. Die nationale Bewegung war aufs Engste mit liberalen, demokratischen und sozialistischen Strömungen verzahnt. Gemeinsam richteten sich diese Bewegungen gegen den Status quo, also gegen die Fürstenmacht und ihren territorialen Partikularismus. Ziel war die Schaffung eines deutschen Nationalstaats in Gestalt eines liberalen, mehr oder weniger demokratischen Verfassungs- und Rechtsstaates.

In der Revolution von 1848 scheiterten diese Bestrebungen. 1871 wurde der Nationalstaat verwirklicht, allerdings mit gewichtigen Abstrichen: Es war eine kleindeutsche Lösung unter Ausschluss Österreichs, und es war ein Kompromiss mit einem Teil der alten Eliten. Der deutsche Nationalstaat von 1871 war keine Demokratie, sondern ein Kaiserreich. Der preußische Obrigkeitsstaat war durch konstitutionelle Elemente nur partiell beschränkt.

Das Modell der Ausstrahlung und Wechselwirkung lässt sich auf viele Nationalismen in Europa anwenden. Insbesondere die Nationalbewegungen der slawischen Völker waren stark von den aus Frankreich und Deutschland rezipierten Ideen inspiriert, und zur Massenbewegung wurden Nationalismen häufig durch die Konfrontation mit einer als Aggressor oder Unterdrücker wahrgenommenen Macht oder mit einem fremden, als Bedrohung wahrgenommenen Nationalismus.

### Freiheit als gemeinsames Anliegen

Bis 1848 stellt sich die Forderung nach Freiheit vielfach als ein gemeinsames Anliegen der Völker dar. Nationale Einigungs- oder Befreiungsbewegungen sympathisieren miteinander, regen einander gegenseitig an.

Ein Beispiel sind die revolutionären Ereignisse um 1830. Sie bilden ein umfassendes, weite Teile Europas erfassendes Geschehen, das mit der Julirevolution in Paris begann. Die Franzosen erhoben sich gegen erhöhte Brotpreise und den Versuch des Königs, die Vorherrschaft des Adels wieder herzustellen. Der Bourbonenkönig Karl X. hatte kurz davor das Wahlrecht zum Nachteil der Bürger verändert und die Zensur der Presse eingeführt. Von Frankreich aus griffen die Unruhen auf andere Länder über: die Vereinigten Niederlande, Italien, Polen und auf deutsche Territorien.

Die Ergebnisse waren unterschiedlich: In Frankreich wurde die Monarchie modifiziert, der neue französische König Louis Philippe verstand sich als Bürgerkönig, Frankreich erhielt eine neue Verfassung, die das Parlament stärkte. In den Vereinigten Niederlanden führte die Revolution von 1830 zur Abspaltung des unabhängigen Staates Belgien. In Polen scheiterte hingegen der Versuch, die russische Herrschaft abzuschütteln. Der Novemberaufstand wurde niedergeschlagen und Polen fortan mit harter Hand regiert.

→[Ölgemälde von 1948] Der Freiheitskampf der Polen stieß in West- und Mitteleuropa auf große Resonanz. In Frankreich und in Deutschland entflammte eine regelrechte Polenbegeisterung: Es fanden Solidaritätskundgebungen statt, Polenlieder wurden gesungen. Über die Begeisterung für die polnischen Freiheitskämpfer mobilisierten sich bürgerliche Gruppen und städtische Unterschichten für ihre eigenen Ziele: Verfassungsreform, Lockerung der Pressegesetze und überhaupt des repressiven politischen Systems der Restauration, Besserung der sozialen Missstände. Auf dem Hambacher Fest wurde 1832 neben der schwarz-rot-goldenen Fahne auch die weiß-rote polnische Fahne getragen. →[Originalstich von 1832]

### Die Revolution von 1848 und die Konkurrenz der Nationalismen

1848 gerieten die Nationalbewegungen jedoch in Konkurrenz zueinander. Die Revolution von 1848 hatte einen noch deutlicheren europäischen Charakter. →[Karte] Die einzelnen Schauplätze der Revolution von 1848 waren zwar in jeweils spezifische Kontexte eingebettet, aber die in Paris, Wien, Prag, Budapest und in vielen anderen Städten stattfindenden Ereignisse hingen miteinander zusammen und lassen sich über gemeinsame zentrale Themen als Variationen eines europäischen Vorgangs begreifen. Drei politische Anliegen standen überall auf der Tagesordnung: nationale Vereinigung oder nationale Befreiung, Demokratisierung und soziale Gerechtigkeit.

Europäische Qualität hatte die Revolution auch durch die rasch zwischen den Schauplätzen zirkulierenden Nachrichten, Gerüchte, Ideen und Bilder, die einen geteilten Fundus an Idealen, Medien und Handlungsmustern erzeugten. Die einzelnen Revolutionen verbanden sich zwar nicht zu einer einzigen großen europäischen Revolution, aber Europa wurde durch die revolutionäre Bewegung zu einem großen Kommunikationsraum, zu einer großräumigen Handlungseinheit. Suggestive Bilder von Barrikaden wanderten zusammen mit Berichten über revolutionäres Handeln quer durch Europa. Überlieferte Formen des Aufbegehrens gingen durch die mediale Kommunikation in neue, organisierte Handlungsformen mit einer neuartigen Qualität von Öffentlichkeit über. Versammlungen, Vereine, Zeitungen, Petitionen, Barrikadenkämpfe – das Erscheinungsbild der Revolution folgte überall den gleichen Mustern.

Abermals ging der Anstoß von Frankreich aus. Dort spielte der nationale Faktor eine geringe Rolle, denn Frankreich war schon ein Nationalstaat. Wichtiger waren die Demokratisierung in Gestalt des allgemeinen Wahlrechts und die soziale Frage in Gestalt der Forderungen städtischer Arbeiter und Handwerker nach besseren Lebensverhältnissen.

Außerhalb Frankreichs war die Bildung von Nationalstaaten ein vorrangiges Ziel der Revolutionäre. Die deutsche und italienische Nationalbewegung stand vor der Herausforderung, die Fürstenmacht in den Territorien zugunsten eines gemeinsamen Nationalstaats zu überwinden. Die Nationalbewegungen der Ungarn, Tschechen und Polen hingegen, die über keine bestehenden Staaten verfügten, kämpften für die Emanzipation innerhalb multinationaler Imperien. Der Kampf um die nationalen Anliegen war fast überall begleitet von sozialem Protest: Städtische Unterschichten und Bauern rebellierten, und die Bauern erreichten die Befreiung von den noch verbliebenen grundherrschaftlichen Lasten.

Auch die Reaktionen der Staatsmacht gegen die Revolution lassen ein gemeinsames europäisches Muster erkennen. Die Großmächte Österreich, Preußen und Russland schlugen die Aufstände unter Einsatz von Militär nieder und unterstützten einander dabei gegenseitig. Danach setzten aber überall Reformprozesse ein, die Anliegen der Revolution aufgriffen und in abgemilderter Form angingen.

Zum transnationalen Verlaufsmuster der Revolution von 1848 gehört auch die Lähmung der revolutionären Bewegungen durch innere Gegensätze: Zum einen gab es einen Gegensatz zwischen den bürgerlichen Mittelschichten, die vielerorts den Kern der liberal-nationalen Bewegung bildeten, und den gegen soziale Ungleichheit rebellierenden Unterschichten. Das Bürgertum hatte Angst vor einer jakobinischen Radikalisierung der Revolution und schreckte vor der Eskalation zurück. Umgekehrt machten die Arbeiter die Erfahrung, dass ihre Forderungen nach politischer Gleichberechtigung und sozialer Gerechtigkeit nicht im Bündnis mit dem Bürgertum zu realisieren waren.

Der zweite Gegensatz offenbarte sich dort, wo unterschiedliche nationale Bewegungen Ziele vertraten, die nicht miteinander kompatibel waren. 1848 wurde zum Ausgangspunkt einer neuen Konfrontation nationaler Antagonismen, die für die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts und die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts prägend sein sollte.

Das betrifft vor allem den Gegensatz zwischen Deutschen und Polen, Deutschen und Tschechen sowie zwischen Österreich als Gesamtstaat und Ungarn. Zwar gab es 1848 noch Sympathien der deutschen, polnischen, ungarischen und tschechischen revolutionären Bewegungen. Die Nachrichten von der Märzrevolution in Budapest gaben in Wien das Signal für den Aufstand und die Nachrichten von den Barrikadenkämpfen in Wien lösten in Prag Begeisterung aus. Es gab auch Einzelpersonen, die an verschiedenen Orten an der Revolution teilnahmen. Ein regionalgeschichtlich interessantes Beispiel ist der Pole Ludwik Mierosławski, der in Posen, danach in Sizilien und am Ende als Oberbefehlshaber der badischen Revolutionsarmee kämpfte. Unterm Strich erwiesen sich aber 1848 die aufbrechenden Gegensätze zwischen den nationalen Interessen als stärker.

Die Konzeptionen für einen deutschen Nationalstaat stießen bei den Polen in Preußen und bei den Tschechen in Böhmen auf Widerstand, denn beide hatten ihr eigenes nationales Anliegen und wollten sich nicht in einen deutschen Nationalstaat eingliedern lassen. In Prag prallten die gegensätzlichen Vorstellungen der Tschechen und Deutschen direkt aufeinander, was auch hier der Staatsmacht in die Hände arbeitete. Als der Kaiser im Oktober 1848 nach dem Aufstand in Wien aus der Hauptstadt flüchtete, distanzierten sich die tschechischen Abgeordneten von den Wiener Revolutionären. Die Wiener wiederum hatten wenige Monate davor den Einsatz des Militärs gegen den Prager Aufstand begrüßt und den Sieg der kaiserlichen Truppen unter Radetzky gegen die italienischen Revolutionäre bejubelt. Der Kaiser konnte die Gegensätze zwischen den nationalen Bewegungen ausnutzen, um seine Stellung wieder zu festigen.

Die Revolution von 1848 wurde also zum Katalysator von Europäisierung, aber auch von Nationalisierung. Begonnen hatte sie als „Völkerfrühling“ – ein zeitgenössisches Schlagwort, das damals die Hoffnung zum Ausdruck brachte, dass freie Völker künftig in Brüderlichkeit zusammenarbeiten würden. Viele Revolutionäre glaubten, an der Schwelle eines neuen Zeitalters zu stehen und glaubten an ein friedliches Europa gleichberechtigter demokratischer Nationen.

Innerhalb weniger Monate brachen jedoch erbitterte nationale Gegensätze auf, die durch die gesellschaftliche Mobilisierung schnell in die Breite gingen. Die Fronten verliefen bald nicht mehr zwischen Revolutionären und Gegenrevolutionären, sondern spalteten die revolutionären Bewegungen entlang nationaler Linien. Die nationalen Bewegungen scheiterten an der Unvereinbarkeit ihrer Ziele. Die Konfrontation der Nationalbewegungen verstärkte die Ethnisierung der Nationskonzepte und die Formierung von Feindbildern. Die Polenbegeisterung des Vormärz etwa war einem feindseligen Antagonismus gewichen. Wilhelm Jordan forderte in der Paulskirche einen „Kampf auf Leben und Tod“ zwischen Deutschen und Polen.

Die Jahrzehnte nach 1848 sind in der Habsburgermonarchie, in Preußen, aber auch im Russischen Reich von Nationalitätenkonflikten und von der Auseinandersetzung zwischen Staatsmacht und nach Emanzipation strebenden Nationalitäten gekennzeichnet. Markante Beispiele sind die gegen die Polen gerichtete Germanisierungspolitik in den preußischen Ostprovinzen, die gegen die Deutschen und andere Nationalitäten gerichtete Madjarisierungspolitik in Ungarn oder der Volkstumskampf zwischen Deutschen und Tschechen in Böhmen.

## Die Krise der Demokratie in der Zwischenkriegszeit

Das 19. Jahrhundert hindurch schien es so zu sein, als ob der politische Fortschritt durch die liberalen und demokratischen Bewegungen verkörpert würde. Die Idee des demokratischen Rechtsstaates mit Verfassung und Gewaltenteilung war auf dem Vormarsch und gewann immer mehr an Raum. Durch den Sieg der demokratischen Westmächte im Ersten Weltkrieg schien das demokratische Prinzip vollends gesiegt zu haben. Die monarchischen Regime in Deutschland, Österreich und Russland wurden gestürzt und durch demokratische Regierungen ersetzt. Auch die neuen Staaten, die in Ostmitteleuropa entstanden, konstituierten sich als Republiken oder als parlamentarische Monarchien.

→[Karte: „Politische Systeme in Europa nach dem Ende des Ersten Weltkriegs 1919“]

gelb: Demokratien, grau: Diktaturen und autoritäre Systeme

Bis zum Beginn des Zweiten Weltkriegs geriet die Demokratie in Europa zunehmend in eine Krise. Ein Land nach dem anderen schaffte die Demokratie wieder ab und ersetzte sie durch ein diktatorisches oder zumindest autoritäres System.

→[Karte: „Politische Systeme in Europa am Vorabend des Zweiten Weltkriegs 1939“]

Ein Blick auf die Landkarte Europas 1939 zeigt, dass nur noch wenige Länder demokratisch verfasst sind. In Mittel- und Osteuropa sind nur noch die Tschechoslowakei und Ungarn als Demokratien eingezeichnet – und eigentlich stimmt das gar nicht: Ungarn ist zwar formal eine Demokratie, hat de facto aber seit 1919 ein autoritäres Regime, und die Tschechoslowakei existiert am Vorabend des Zweiten Weltkriegs nicht mehr. Schon vor der Besetzung durch Hitler im März 1939 hat sich der tschechische Landesteil als Reaktion auf den Verlust der sudetendeutschen Gebiete im Münchner Abkommen in autoritäre Richtung umgewandelt. In der Slowakei, die sich als eigener Staat abspaltet, wird ebenfalls ein autoritäres Regime errichtet. – Damit ist 1939 der gesamte mittel- und osteuropäische Raum diktatorisch oder autoritär geprägt.

Dieser Befund wirft die Frage nach dem Warum auf. Warum setzte sich in großen Teilen Europas die Diktatur gegen die Demokratie durch, obwohl anfangs überall die Weichen in Richtung auf Demokratie gestellt worden waren? Hier gibt es offensichtlich einen länderübergreifenden Trend in Europa, der ganz unterschiedliche Länder erfasst – eine umfassende Krise der Demokratie.

### Diktatur als Antwort auf Krisenerscheinungen

Die Ursachen für die Krise der Demokratie und den Aufstieg der Diktaturen lassen sich auf verschiedenen Deutungsebenen suchen.

Wir müssen hier erst einmal unsere eigenen Wertungen außen vor lassen: Heute halten wir die Demokratie hoch und ächten diktatorische Regime. Für die Zeitgenossen der zwanziger und dreißiger Jahre war diese Wertung nicht so klar. Vielen erschien die Demokratie als etwas Krisenanfälliges, ein überholtes Konzept, das nicht geeignet war, die Probleme der Gegenwart adäquat zu lösen. Die Diktatur hingegen verkörperte etwas Zeitgemäßes, von dem man sich die Lösung der anstehenden Probleme erhoffte.

Eines der Probleme, die in vielen Ländern anstanden, war die Kluft zwischen der Realität und der Idealvorstellung des Nationalstaats als eines durch gemeinsame Sprache, Herkunft, Kultur und Wertordnung solidarisch verbundenen Ganzen. Die nach dem Ersten Weltkrieg neu geschaffenen Staaten Ostmitteleuropas erhoben zwar den Anspruch, Nationalstaaten zu sein, aber wie waren entweder mit ihren Grenzen unzufrieden, weil ein Teil der eigenen Nation außerhalb derselben lebte – ein Beispiel wäre Ungarn –, oder sie bestanden umgekehrt aus sehr heterogenen Teilen, unter Einschluss großer andersnationaler Bevölkerungsgruppen – Beispiele wären Polen oder die Tschechoslowakei.

#### Exkurs: Die Neuordnung Ostmitteleuropas nach dem Ersten Weltkrieg

→[Landkarte Sprachen in Mitteleuropa 1910]

Zieht man eine halbwegs neutrale ethnographische Karte zu Rate, dann wird schnell klar, dass eine Neuordnung Ostmitteleuropas auf der Grundlage des Nationalitätenprinzips eine extrem schwierige Aufgabe darstellte, weil es im östlichen Europa gar nicht möglich war, zwischen den Siedlungsgebieten der verschiedenen Nationalitäten klare Grenzen zu ziehen.

Die kriegführenden Mächte hatten aus guten Gründen bis 1917 nicht mit der Formel vom Selbstbestimmungsrecht der Völker operiert, denn damit hätten sie ihre eigenen Kriegsziele und Territorialbestände gefährdet. Im Herbst 1917 gerieten sie aber unter Zugzwang, weil sich die Bolschewiki das Selbstbestimmungsrecht auf die Fahnen schrieben und versuchten, damit die Weltrevolution anzufachen. Lenin verkündete nach der Oktoberrevolution das Selbstbestimmungsrecht für alle Völker Russlands, einschließlich der Herauslösung aus dem russischen Staatsverband. In einem zweiten Dekret forderte die Sowjetregierung einen „Frieden ohne Annexionen und Kontributionen“.

Der amerikanische Präsident Wilson griff im Dezember 1917 die russischen Vorschläge für einen Frieden ohne Annexionen auf, hielt sich aber bezüglich des Selbstbestimmungsrechts bedeckt, weil ihm die Gefahren für die eigenen Verbündeten bewusst waren. Wilsons berühmte „Vierzehn Punkte“ vom 8. Januar 1918 können als Antwort auf die Proklamationen der Bolschewiki verstanden werden. Wilson wendete darin das Nationalitätenprinzip auf konkrete Beispiele an – nämlich zugunsten der Polen und der Nationalitäten der Habsburgermonarchie, vermied aber die universale Festlegung auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Entgegen weitläufiger Annahmen ist das Selbstbestimmungsrecht in den 14 Punkten ganz bewusst nicht enthalten.

Eine Neuordnung Europas unter konsequenter Anwendung des Nationalitätenprinzips verbot sich aus drei Gründen: Sie war angesichts der ethnischen Gemengelage im östlichen Europa ohne Umsiedlungen gar nicht durchführbar. Sie hätte den Kriegsverlierer Deutschland unterm Strich gestärkt, und sie hätte die Kolonialreiche Frankreichs und Englands in Frage gestellt. Also wendete man das Prinzip selektiv, aber durchaus nicht völlig willkürlich an. Es wurde kombiniert mit dem Prinzip der historischen Grenzen und mit ökonomischen und militärstrategischen Überlegungen.

→[Karte Europa nach den Friedensverträgen] Für das Gesamtkonzept einer Eindämmung Deutschlands und Sowjetrusslands war es wichtig, ein starkes Polen und eine starke Tschechoslowakei als Verbündete Frankreichs zu schaffen. Daher kamen die Siegermächte diesen beiden Ländern grundsätzlich deren territorialen Wünschen entgegen – mit dem Ergebnis, dass sie große andersnationale Bevölkerungsteile umfassten. Ungarn wiederum wurde als Verliererstaat behandelt und auf Kosten der Nachbarländer amputiert – zum Teil durchaus unter Missachtung der ethnographischen Verhältnisse.

### Diktatur als Antwort auf Krisenerscheinungen – Fortsetzung

Das Auseinanderfallen von nationalstaatlichem Anspruch und multiethnischer Realität war keine gute Voraussetzung für die Entwicklung demokratischer Ordnungen, denn eine solche benötigt den gemeinsamen Nenner einer Solidar- und Wertegemeinschaft. Wesentliche Programmpunkte der in weiterer Folge etablierten autoritären Regime waren folgerichtig die Überbrückung der heftigen innenpolitischen Konflikte und sozialen Verteilungskämpfe, aber eben auch die Schaffung einer ethnisch, kulturell, sozial und politisch homogenen Gesellschaft im Sinne der Nationsbildung.

Ein weiteres Problem der neuen Demokratien war sozialpsychologischer Natur: Die europäischen Gesellschaften hatten den Ersten Weltkrieg hinter sich. In allen Ländern gab es Hunderttausende bis Millionen ehemaliger Soldaten, die ihre Kriegstraumata verarbeiteten und Schwierigkeiten hatten, wieder in einen zivilen Alltag zurückzufinden. Der Zusammenbruch der alten Ordnung, verbunden mit wirtschaftlichen und sozialen Problemen, führte bei vielen Menschen zu einem Bedürfnis nach klaren Orientierungen, nach einer Führerpersönlichkeit oder nach einer Ideologie, die ihnen sagte, wo oben und unten ist, was richtig und was falsch ist, die ihnen ein besseres Leben in der Zukunft versprach und die das gesamte Volk als Gemeinschaft hinter sich versammelte. Die Demokratie konnte das nicht leisten, sie erschien in der Wahrnehmung dieser Menschen vielmehr als ein Ort des endlosen Streits, der Uneinigkeit, der Orientierungslosigkeit, der Hilflosigkeit gegenüber gravierenden Problemen.

Das Bedürfnis nach Orientierung und nach einem festen Ordnungssystem kann man auf die Erfahrungen des Ersten Weltkriegs und seiner unmittelbaren Folgen beziehen – das führt zur Interpretationsfigur vom Ersten Weltkrieg als der „Urkatastrophe“ des 20. Jahrhunderts. Das Bedürfnis nach Orientierung und nach einem festen Ordnungssystem lässt sich aber auch auf die Umwälzungen der europäischen Gesellschaften durch die moderne Industriegesellschaft seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert beziehen. Das führt uns zu einem anderen Interpretationsmuster: dem der Hochmoderne.

Vor dem Hintergrund dieser von vielen Zeitgenossen als Krise der überkommenen Kultur begriffenen Veränderungen formierten sich Alternativentwürfe, nämlich die Vision von der kommunistischen Gesellschaft und die Vision von einer nationalen Volksgemeinschaft, an deren Spitze die Integrationsfigur eines Führers steht.

Die Diktaturen des 20. Jahrhunderts werden in diesem Kontext als Versuch verstanden, die durch die Moderne entstehenden Probleme und Widersprüche zu bewältigen. Ökonomische und soziale Probleme der zwanziger Jahre, wie Inflation, Armut, Arbeitslosigkeit und schließlich vor allem die Weltwirtschaftskrise bestärken sowohl die Linken wie die Rechten in ihrer Krisenwahrnehmung. Man hat zwar völlig unterschiedliche Antworten auf die Probleme, aber man trifft sich in der Einschätzung, dass die kapitalistisch-demokratische Ordnung im Niedergang begriffen sei.

### Fallbeispiel Polen

Das Interpretament der Hochmoderne lässt sich gut auf Deutschland anwenden, wo sich die moderne Industriegesellschaft schon um die Jahrhundertwende etabliert hatte. In Bezug auf die ostmitteleuropäischen Länder, die überwiegend agrarisch geprägt waren, wird man für die Krise der Demokratie eher die anderen Faktoren stärker gewichten. Am Beispiel von Polen möchte ich das erläutern.

Polen hatte das Problem, dass die drei Teilungsgebiete, aus denen es sich zusammensetzte, aufgrund der mehr als hundertjährigen Zugehörigkeit zu Russland, Preußen und Österreich extrem unterschiedlich strukturiert waren, unterschiedliche Rechtssysteme hatten und sich auf unterschiedlichen Entwicklungsstadien befanden.

→[Karte Polen im 20. Jahrhundert]

→[Karte Eisenbahnen 1914]

In den Ostgebieten bestand die Hälfte der Bevölkerung aus Analphabeten, in Oberschlesien waren es nur 1,5 Prozent. Die Erträge der Landwirtschaft waren im Westen doppelt so hoch wie im Osten. Nur im vormals österreichischen Galizien hatte es vor 1918 polnische Beamte und Lehrer gegeben. Daraus resultierte nach 1918 ein Transfer dieses Fachpersonals in die anderen Landesteile, wo sie als Fremdlinge angefeindet wurden. In Posen und Westpreußen wiederum, wo man vor 1918 zwar national unterdrückt gewesen war, aber im Vergleich zu den anderen Teilungsgebieten einen deutlich höheren Lebensstandard genossen hatte, empfanden viele Polen die Verhältnisse im neuen gemeinsamen Staat als Abstieg auf das niedrigere Niveau der „Russen“, wie man die Leute aus dem ehemaligen russischen Teilungsgebiet häufig bezeichnete.

→[Karte Poland linguistic 1937]

In demographischer Hinsicht waren die Verhältnisse ebenfalls schwierig: Die Polen beanspruchten zwar, Staatsnation zu sein, aber jeder dritte Staatsbürger war kein Pole: Es gab 3,7 Mio. Ukrainer, 2,7 Mio. Juden, 2 Mio. Weißrussen und 2 Mio. Deutsche. Die Hälfte der Deutschen wanderte bis 1923 aufgrund der Diskriminierungen nach Deutschland aus. Die verbliebene Million betrachtete den polnischen Staat als Provisorium und identifizierte sich nicht mit ihm.

Umgekehrt fühlte sich der polnische Staat bedroht von den „verräterischen“ Deutschen und den „illoyalen“ Ukrainern, aber auch von den Juden, die mit dem Bolschewismus in Verbindung gebracht wurden. Der polnische Staat unternahm in den ersten Jahren wenig, um die nichtpolnische Bevölkerung in eine gemeinsame Staatsnation zu integrieren, sondern praktizierte vielmehr das, was die Polen seitens der preußischen Germanisierungspolitik erfahren hatten, nur eben jetzt in umgekehrter Richtung. Nicht nur von den Deutschen, sondern auch von den Ukrainern, Weißrussen und Juden wurde der polnische Staat als repressiv wahrgenommen. Insbesondere das Verhältnis zwischen Ukrainern und Polen war in hohem Maße von Gewalt gekennzeichnet.

Für die Krise der Demokratie waren aber gar nicht so sehr die Nationalitätenprobleme, sondern die ökonomischen, sozialen und innenpolitischen Probleme entscheidend. Polen war insgesamt noch überwiegend agrarisch geprägt. Nur vier Prozent der Bevölkerung arbeiteten in der Industrie. Die Landwirtschaft wiederum wurde von unrentablen Kleinstbetrieben dominiert. Eine Bodenreform war aber innenpolitisch heiß umstritten, wie überhaupt zwischen der Linken und der Rechten ein tiefer Graben bestand. Die Linke verkörperte der Staatsgründer Piłsudski, die Rechte sein nationaldemokratischer Gegenspieler Dmowski. 1923 wurde Piłsudski, bis dahin Chef des Generalstabs und Vorsitzender des Kriegsrates, von einer Mitte-Rechts-Regierung entmachtet. Als Privatmann nutzte er seine große Autorität in der Bevölkerung, um gegen die Nationaldemokraten und überhaupt gegen das gesamte „sejmokratische System“, wie er es nannte, zu wettern, das er als Verkörperung von Korruption, Unfähigkeit, Zerstrittenheit und Ineffizienz brandmarkte.

Die politische Zerrissenheit des Landes spiegelte sich in 18 Parteien, die bei den Wahlen konkurrierten, und 31 Kabinetten, die zwischen 1918 und 1939 im Amt waren. 1923 wurde das Land von einer Hyperinflation getroffen, die Staatsfinanzen waren desolat und die Gewerkschaften kündigten einen Generalstreik an. Die Regierung verhängte den Ausnahmezustand, es kam zu blutigen Zusammenstößen zwischen streikenden Arbeitern, Polizei und Militär.

Eine neue Regierung unter Grabski musste als erstes die Finanzen sanieren. Damit die dazu nötigen einschneidenden Maßnahmen realisiert werden konnten, verzichtete das Parlament für ein halbes Jahr auf seine finanzpolitischen Kompetenzen. Die Sparpolitik wurde von den Arbeitern mit weiteren Streiks quittiert. Im Ergebnis konnte Grabski zwar die Währung stabilisieren und sogar eine Bodenreform in Kraft setzen, aber er erntete dafür keinen Dank, sondern wurde Opfer einer beispiellosen Hasskampagne: Die Linken beschimpften ihn als Blutsauger und Ausbeuter der Arbeiter, die Rechten diffamierten ihn als verkappten Sozialisten und warfen ihm darüber hinaus eine zu weiche Politik gegenüber den nichtpolnischen Bevölkerungsteilen vor.

Hinter diesem feindlichen Umgang mit der Regierung steckte ein grundsätzliches Problem: Die Polen hatten im 19. Jahrhundert, als sie keinen eigenen Staat hatten, in Auseinandersetzung mit den als Fremdherrschaft empfundenen Teilungsmächten eine negative Grundeinstellung zum Staat angenommen. Ein staatsbürgerliches Pflichtbewusstsein gegenüber einem eigenen Staat musste erst wieder gelernt werden.

Nach dem Rücktritt der Regierung Grabski im November 1925 verschärften sich abermals die wirtschaftlichen Probleme, unter anderem, weil Deutschland, das die Grenzziehung von Versailles nicht akzeptierte, einen Handels- und Zollkrieg gegen Polen führte. Die Arbeitslosenzahlen stiegen, Regierungen wechselten schnell nacheinander. Überhaupt bot Polen innenpolitisch 1925 ein desolates Bild: In den östlichen Regionen des Landes herrschten anarchische Zustände, in Warschau lieferten sich Kommunisten Feuergefechte mit der Polizei. Zeitungleser mussten den Eindruck gewinnen, der Staatsapparat sei durchdrungen von Korruption und das Parlament unfähig zu konstruktiver Handlung und bloß ein Ort von Intrigen und Faulheit. Überall konnte man lesen, dass eine „eiserne Hand“ nötig sei, die Polen aus dem Abgrund herausführe. „Gesundung“ des Staates (*sanacja*) war ein verbreitetes Schlagwort. Das bestehende System wurde als „krank“ empfunden.

In dieser Situation unternahm Piłsudski im Mai 1926 einen Staatsstreich. Er marschierte mit einigen Regimentern in Warschau ein. In blutigen Kämpfen, die 400 Tote und 900 Verletzte forderten, zwang er die Regierung und den Staatspräsidenten zum Rücktritt und etablierte ein System der gelenkten Demokratie zum Zwecke der „Gesundung“ des Staates.

## Schluss

Damit bin ich am Ende meiner Ausführungen. Das letzte Kapitel ist stärker auf die Fakten bezogen gewesen. Das war Absicht, um nicht Gefahr zu laufen, über pauschalisierende Aussagen bei Missverständnissen zu landen. Natürlich lassen sich nicht alle Themen so abstrahierend behandeln, dass man ohne Faktenwissen auskommt. Insgesamt hoffe ich aber, gezeigt zu haben, dass der Übergang von der nationalen zur europäischen Perspektive nicht zwangsläufig mit einer Explosion des Stoffes verbunden ist.

Die europäische Perspektive ist für zahlreiche Themen in mehrfacher Hinsicht ein Gewinn: Viele Phänomene und Entwicklungen in den europäischen Ländern hatten transnationalen Charakter. Sie nur als eine nationale Geschichte zu betrachten, wird ihnen sachlich nicht gerecht und wäre zu kurz gegriffen. Abgesehen von diesem historisch-analytischen Mehrgewinn trägt die europäische Perspektive zu einer zeitgemäßen historischen Identitätsstiftung bei, die nicht mehr exklusiv auf die eigene Nation bezogen sein kann, sondern ein Bewusstsein für eine gemeinsame europäische Geschichte fördert – ohne dabei retrospektiv zu harmonisieren und zu idealisieren. Das Europa der Gegenwart lässt sich nicht nur aus der Gegenwart heraus begreifen – sowohl im Hinblick auf seine Gemeinsamkeiten als auch auf die mitunter irritierenden Unterschiede in der Bewertung gegenwärtiger Herausforderungen.

## Literaturauswahl

Altrichter, Helmut / Bernecker, Walther L.: Geschichte Europas im 20. Jahrhundert. Stuttgart 2004.

Borodziej, Włodzimierz: Geschichte Polens im 20. Jahrhundert. München 2010.

Herbert, Ulrich: Europe in High Modernity. Reflections on a Theory of the 20th Century. In: Journal of Modern European History 5 (2007), S. 5-20.

Herbert, Ulrich: Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert. München 2014.

Juneja, Monica / Wenzlhuemer, Roland: Die Neuzeit 1789-1914. Konstanz 2013 (UTB Bd. 3082).

Kaelble, Hartmut : 1848: Viele nationale Revolutionen oder eine europäische Revolution? In:

Hardtwig, Wolfgang (Hrsg.): Revolution in Deutschland und Europa 1848/49. Göttingen 1998, S. 260-278.

Kunze, Rolf-Ulrich: Nation und Nationalismus. Darmstadt 2005 [darin auch eine kurz gefasste Übersicht über gängige Nationalismustheorien]

Langewiesche, Dieter: Wirkungen des ‚Scheiterns‘. Überlegungen zu einer Wirkungsgeschichte der europäischen Revolutionen von 1848. In: Ders. (Hrsg.): Die Revolutionen von 1848 in der europäischen Geschichte. Ergebnisse und Nachwirkungen. München 2000, S. 5-21.

Mommsen, Wolfgang J.: 1848. Die ungewollte Revolution. Die revolutionären Bewegungen in Europa 1830-1849. Frankfurt 2000, v.a. Kap. XIV „Die Revolution von 1848/49 in europäischer Perspektive, S. 300-325.

Puttkamer, Joachim v.: Ostmitteleuropa im 19. und 20. Jahrhundert. München 2010 (Oldenbourg Grundriss der Geschichte, Bd. 38).